



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 130'837
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 800.12
Abo-Nr.: 1084696
Seite: 10
Fläche: 24'113 mm²

Pflege und Betreuung

Grossmütter fordern Zustupf fürs Kinderhüten und für die Altenpflege

In die Debatte um die Familienpolitik schalten sich auch die **Grossmütter** ein. Sie fordern Steuerabzüge oder Gutschriften für ihre Arbeit in Pflege und Kinderbetreuung.

Daniel Friedli

Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, dürfen dafür bereits heute einen Steuerabzug machen. Familien, welche die Kinder selber betreuen, erhalten dasselbe Recht, falls in drei Wochen die Familieninitiative der SVP angenommen wird. Nun melden auch jene ihre Ansprüche an, die häufig die Betreuungsarbeit übernehmen: die **Grossmütter**. Unabhängig von der SVP-Initiative wollen auch sie für ihre Arbeit entschädigt werden, sei es über Steuerabzüge, Gutschriften oder andere Wege. «**Grossmütter** hüten während knapp 79 Millionen Stunden pro Jahr Kinder», sagt die frühere Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker. «Wir verlangen, dass diese Arbeit nicht nur Beachtung und Wertschätzung findet, sondern auch Anerkennung bei der Berechnung der Leistungen.»

Stocker engagiert sich heute für eine Gruppe aktiver Rentnerinnen mit dem kämpferischen Namen **Grossmütterrevolution**. Diese hat bereits 2011 ein Manifest vorgelegt, in dem sie mehr Anerkennung für die unbezahlte Arbeit der **Grossmütter** forderte, vor allem bei der Pflege von Ehemännern und Nachbarn, aber auch bei der Kinderbetreuung. Mittlerweile haben die **Grossmütter** ihre Ideen konkretisiert und schlagen für die Anerkennung ihrer Arbeit verschiedene Modelle vor: Das erste sieht eine Gutschrift bei der AHV-

Rente vor, so, wie sie Eltern für die Erziehung geltend machen können. Eine zweite Idee geht dahin, dass man den Seniorinnen für ihren Einsatz Geld oder Zeit gutschreibt, damit sie mit diesem Guthaben später für sich selber Betreuung einkaufen können. Vorgeschlagen werden sodann auch Steuerabzüge für Betreuungsleistungen, eine spezielle Verbilligung bei den Krankenkassenprämien oder das steuerfreie Ansparen in einer Pflegeversicherung gewissermassen als Säule 3c. Auf welchem Weg das Ziel am besten erreicht wird, lassen Stocker und ihre Gruppe offen. Wichtig ist ihnen aber, dass die Politik schnell handelt. «Wir fordern verbindliche, konkrete Lösungen», sagt Stocker.

Dass die **Grossmütter** nun nach staatlicher Hilfe für bisher typische Familienaufgaben rufen, begründen sie mit dem Versagen des Staates, auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Alter einzugehen. Frauen sind wegen ihrer Mutterrolle meist weniger lange erwerbstätig als Männer, sie verdienen weniger und sparen folglich weniger Vorsorge an. Umgekehrt leben sie länger als ihre Gatten, pflegen diese oft vor deren Tod und sind dann, wenn sie selber auf Pflege angewiesen sind, allein. «In der Realität bedeutet das, dass Frauen häufig materiell schlecht gesichert sind und Altersarmut

weitgehend weiblich ist», heisst es dazu in der Studie «Das vierte Lebensalter ist weiblich», die 2012 publiziert wurde. Diese Ungleichheiten müsse der Staat beheben, sagt Stocker. «Es geht uns um Fairness und Gerechtigkeit.» Und man solle ihr nicht mehr mit dem Spruch kommen, die Familie müsse wieder besser funktionieren. «Denn damit sind wieder Frauen, Töchter, Schwieger-töchter gemeint.»

Die **Grossmütter** wollen ihre Forderungen fortan aktiv in die politische Debatte einbringen, etwa in die Diskussion um die AHV. Sie haben bereits auch Sozialminister Berset geschrieben, der sie zu weiterem **Engagement** ermuntert hat. Und Jürg Brechbühl, der Chef des Bundesamtes für Sozialversicherungen, hat sie eingeladen, ihre Ideen einmal im Amt vorzustellen. Unterstützt werden die revolutionären **Grossmütter** zudem von der **Migros**. Sie finanziert ihnen die **Projektleitung**.



Grossmütter demonstrieren für mehr Anerkennung. (4. 6. 2011)